LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

09.11.2021

Drucksache 8/344

öffentlich

Antrag

–

Fraktion DIE LINKE

Niemand soll frieren - Energiepreise jetzt deckeln, Mehrwertsteuer senken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

I. unverzüglich auf eine spürbare finanzielle Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher hinzuwirken, um die einkommensschwachen Privathaushalte vor drohender Energiearmut zu schützen;

II. sich bundespolitisch für eine bedarfsdeckende Regelsatzhöhe bei Grundsicherungsleistungen einzusetzen, die insbesondere sicherstellt, dass es nicht zu Energiearmut kommen kann und diese als Kosten für den Lebensunterhalt mit aufzuführen;

III. gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat auf die schnellstmögliche Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Energie-, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffpreise zugunsten privater Haushalte **auf 7 Prozent Mehrwertsteuer** mit allem nötigen Nachdruck hinzuwirken;

IV. die unverzügliche Umsetzung eines Maßnahmepaketes „Sozial gerechter Umbau der Energieversorgung“ und die dafür notwendigen Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen sowie alle hierauf gerichteten Initiativen anderer Bundesländer und Akteure zu unterstützen:

   1. Gesetzliche Untersagung von Stromsperren aufgrund von Zahlungsunfähigkeit von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Entwicklung geeigneter Regelungen (wie zum Beispiel Einführung von Sozialtarifen), damit die Grundversorgung mit Energie jederzeit gewährleistet bleibt;

(Ausgegeben am 10.11.2021)

2. Einsetzen für eine Änderung der Stromgrundversorgungsverordnung (StromGVV) und damit eine gesetzliche Mitteilungspflicht für Energiedienstleister bei Zahlungsunfähigkeit privater Haushalte an die Sozialbehörden einzuführen, um den Betroffenen Hilfe anzubieten, Zahlungsfähigkeit wieder herzustellen und Überschuldung zu vermeiden;

3. Einführung einer für alle Energieversorgungsunternehmen verbindlichen, sozial gerechten und ökologische Anreize bietenden einheitlichen Stromtarifstruktur. Sowie die Einführung eines kostengünstigen oder kostenfreien Grundkontingents für Strom- und Heizkosten, um eine angemessene Grundversorgung mit Strom für alle Privathaushalte sicherzustellen. Die Strompreise und Heizkosten müssen dann im Hochverbrauch steigen.

4. Wiedereinführung der staatlichen Strompreisaufsicht und Genehmigungspflicht für Verbraucherstrompreise durch die Landeskartellbehörden unter Einbeziehung eines mit Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Verbraucher-, Umwelt- und Sozialverbänden zusammengesetzten Strompreisbeirates zur Sicherstellung einer effektiven Kontrolle und eines wirksamen Einflusses auf die Entwicklung der Strompreise und zur Verhinderung von Willkür bei der Strompreisbildung der Energieunternehmen;

5. Bereitstellung einer kostenlosen Beratung der Energieeinsparung für alle privaten Haushalte zur Förderung eines sparsamen Umganges mit Energie;

6. Aufstockung von staatlichen Zuschüssen für den Erwerb von energiesparenden Haushaltsgeräten und Haushaltsinstallationen im Austausch für energieintensive Altgeräte für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II und dem SGB XII sowie von Wohngeld und Kinderzuschlag;

7. Absenkung der Stromsteuer auf den Mindestbetrag der EU von 0,1 Cent/kWh.

Begründung

Die angespannte Weltmarktlage mit bisher unverändert anhaltenden Preissteigerungen für die Lieferung von (Flüssig-)Gas lassen auch in Sachsen-Anhalt die Ausgaben privater Haushalte und Verbraucher*innen für Energie-, Heiz-, Brennstoff- und Kraftstoffpreise seit dem Sommer unaufhörlich steigen.

Gerade in der jetzigen Zeit der bevorstehenden Wintermonate und in einer Situation, in der nicht nur viele Menschen in Armut oder an der Armutsgrenze leben, von Arbeitslosigkeit betroffen sind oder aufgrund der Beschäftigungspolitik in Sachsen-Anhalt mit einem Niedriglohn auskommen müssen oder immer noch in Kurzarbeit sind, sind derartige Energiepreissteigerungen finanziell nicht mehr zu verkraften.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE darf Energie für Menschen nicht zum Luxusgut werden. Die Gewährleistung des Zugangs zu bezahlbarer Energie ist elementarer Bestandteil der Daseinsfürsorge des Staates und erfordert in der gegenwärtigen Situation eine ebenso wirksame wie für alle Menschen spürbare politische Reaktion auf allen Ebenen, um der Energie-Preisspirale Einhalt zu gebieten. Dazu ist es unbedingt notwendig, die derzeitigen Energiepreise spürbar und nachhaltig zu senken, insbesondere mit Blick auf den bevorstehenden Winter, damit niemand frieren muss.

In Anbetracht der erfolgreichen Initiativen anderer europäischer Staaten wie Frankreich, Italien oder Spanien, die vormachen, wie Energiepreise gesenkt werden können, sieht die Fraktion DIE LINKE den Landtag in der unmittelbaren politischen Verantwortung, schnellstmöglich auf eine spürbare finanzielle Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher hinzuwirken.

Die Landesregierung soll unverzüglich und mit Nachdruck gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat darauf hinwirken, dass der derzeitig geltende Mehrwertsteuersatz auf Energie-, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffpreise zugunsten privater Haushalte und Verbraucher*innen von 19 Prozent auf mindestens 7 Prozent abgesenkt wird. Auch die Stromsteuerabsenkung von 2,05 Ct/kWh auf 0,1 Ct/kWh soll forciert werden. Nur so wird bei weiterhin steigenden oder unverändert hohen Energiepreisen gewährleistet, dass der Zugang zu bezahlbarer Energie für alle ermöglicht wird und nicht zuletzt auch die, die vom Niedriglohnsektor massiv betroffenen Haushalte mit unteren Einkommen spürbar finanziell entlastet werden.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE bedarf es neben dieser, insbesondere für den bevorstehenden Winter notwendigen Sofortmaßnahmen, insbesondere zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung eines auch langfristig bezahlbaren Zugangs zur Energieversorgung für alle privaten Haushalte als Bestandteil der europarechtlich und grundgesetzlich garantierten Daseinsfürsorgepflicht des Staates.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitzende